

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Bauausschusses** der Stadt Burgdorf am **01.12.2014** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf.

Zum Tagesordnungspunkt 2 findet eine gemeinsame Sitzung mit dem Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport statt.

17.WP/BauA/033

Beginn öffentlicher Teil: 16:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:05 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: **Vorsitzender**

Hunze, Carl

stellv. Vorsitzende

Weilert-Penk, Christa

Mitglied/Mitglieder

Brönnemann, Alfred
Bublitz, Werner
Dralle, Karl-Heinz
Heller, Simone
Köneke, Klaus
Rheinhardt, Michael
Schulz, Kurt-Ulrich

Grundmandatar/e

Schrader, Karl-Ludwig bis 17.45 Uhr

Beratende/s Mitglied/er

Meyer, Karl-Heinz
Sieke, Oliver
Sund, Björn

Verwaltung

Baxmann, Alfred
Behncke, Martina
Brand, Georg
Lehmann, Robert

-

Basedow-Clark, Jürgen
Gündel, Detlev
Herbst, Imke
Herbst, Rainer
Lahmann, Jörg
Philipps, Lutz
Weddige, Frauke

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Verlegung der Gudrun-Pausewang-Grundschule - Fahrradabstellanlagen
Bezugsvorlagen: 2014 0716, 2014/1
Vorlage: 2014 0716/4
- 2.1. Neubau der Gudrun-Pausewang-Grundschule; Planung der Bibliothek - Antrag der WGS-Ratsfraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 21.11.2014
Vorlage: 2014 0784

Einwohnerfragestunde

3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung am 12.11.2014
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
5. Vorstellung des Projektes der Lebenshilfe am Marris-Mühlen-Weg
6. Bebauungsplan Nr. 0-86 "Eseringen" mit örtlichen Bauvorschriften - Satzung -
Bezugsvorlagen:
2014 0679 - Entwurf -
2013 0473 - Aufstellungsbeschluss -
Vorlage: 2014 0762
7. Bebauungsplan Nr. 0-78/1 "Gewerbepark Nordwest 2. Abschnitt", Satzung
Bezugsvorlage 2014 0688 (Entwurf)
Vorlage: 2014 0764
8. Anfrage gemäß Geschäftsordnung des Ortsrates Ramlingen-Ehlershausen vom 02.09.2014 zum Vorrangstandort für Windenergiegewinnung "Ehlershausen" sowie Antwortschreiben

Bezugsvorlage: 2014 0711 - hier: Ergänzung der Beratungsfolge
Vorlage: 2014 0711/1
9. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
10. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

- 1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**
-

Um 16.00 Uhr eröffneten **Herr Braun** und **Herr Hunze** die Sitzungen.
Herr Hunze stellte die Beschlussfähigkeit des Bauausschusses fest. Anmer-

kungen zur Tagesordnung lagen nicht vor. Die Mitglieder des Bauausschusses genehmigten diese in der Form der Einladung vom 19.11. sowie des Nachtrages vom 27.11.2014.

Von Seiten beider Ausschüsse bestanden keine Bedenken, die Vertreter der Schulleitungen sowie die Elternvertreter an den Beratungen zu den Tagesordnungspunkten 2 und 2.1 teilnehmen zu lassen.

2. Verlegung der Gudrun-Pausewang-Grundschule - Fahrradabstellanlagen
Bezugsvorlagen: 2014 0716, 2014/1
Vorlage: 2014 0716/4

Herr Gündel erläuterte die drei für die Anlegung der Fahrradabstellplätze entwickelten Varianten.

In der anschließenden ausführlichen Diskussion sprachen sich **Frau Gersemann, Frau Weilert-Penk** und **Herr Obst** aufgrund der damit für das Südstadt-Bistro verbundenen Beeinträchtigungen gegen die Variante 2 aus.

Stattdessen, so **Frau Weilert-Penk**, könne man sich mit einer Umsetzung der Variante 1 anfreunden, wenn die vorhandenen „Schwachstellen“ zum Beispiel durch Einrichtung einer Querungshilfe oder einer gesteuerten Ampelführung ausgebessert werden könnten.

Herr Herbst antwortete hierauf, dass Maßnahmen dieser Art hier kaum umsetzbar seien, da man sich in einer Tempo 30-Zone befinde.

Angesichts der Erweiterung der BBS regte **Herr Obst** an, auf der Stelle der vorgesehenen Einstellplatzanlage neben dem Südstadt-Bistro eine Parkplatte mit integrierter Fahrradabstellanlage zu errichten und dementsprechend die BBS zur Finanzierung „mit ins Boot“ zu holen.

Herr Baxmann und **Herr Herbst** wiesen darauf hin, dass man allein für die Errichtung einer Parkpalette mit hohen Kosten rechnen müsse und zudem der Unterhaltungsaufwand beträchtlich sei.

Herr Lehmann verwies darauf, dass bei einem Abbruch des alten Schulgebäudes ein Gesamtkonzept zur Abwägung der verschiedenen Ansprüche erstellt werden müsse. Nach Aussage des Stadtjugendpflegers könne die vom Bistro zu nutzende Freifläche auch an anderer Stelle liegen, sie müsse nicht direkt an das Bistro angrenzen. Die Planung der Stellplätze und Fahrradabstellanlagen müsse in jedem Fall bis 2016 abgeschlossen sein.

Frau Hofmann sah alle vorgestellten Varianten nur als Notlösungen an. Die Variante 1 mit der sich daraus ergebenden Eingangssituation führe zu einer nicht wünschenswerten Beeinträchtigung der Oberstufenschüler. Gegen die Variante 2 spreche der Verlust der Freifläche des Bistros.

Herr Ramadani sprach sich als Schülervorteiler für die Variante 3 aus, da diese kurze Wege beinhalte und aufgrund der Einsehbarkeit Vandalismus erschwere.

Herr Loske vertrat die Auffassung, dass die Variante 2 die einzig machbare Lösung sei. Die Variante 1 sei nach Aussage der Feuerwehr und der Polizei aus Sicherheitsgründen nicht umsetzbar, zudem sei auch nach Aussage der Region die Situation hinsichtlich des Busbahnhofes problematisch.

Herr Morich befürwortete die Variante 3, welche man aufgrund der Sichtbarkeit der Fahrräder auch für die Anbringung von Werbeflächen für Burg-

dorf Firmen nutzen könne.

Herr Baxmann stellte fest, dass es keine grundsätzlichen Einwände gegen die Variante 2 gebe, wenn bei deren Umsetzung die Interessen des Südstadtbistros gewahrt würden. Er dankte für die Bereitschaft der Schulen, in diesem Fall Flächen für diese Einrichtung zur Verfügung zu stellen.

Herr Zschoch sprach sich im Namen seiner Fraktion gegen jede der vorgestellten Varianten aus, da die Beibehaltung zweier Schulstandorte aufgrund der Folgeprobleme die einzig machbare Lösung sei.

Angesichts der im Fall der Lösung 1 auftretenden nicht zu mindernden Probleme betrachtete **Frau Weilert-Penk** gegebenenfalls die Lösung 3 als denkbar an.

Herr Obst sah eine weitere mögliche Lösung darin, die Fahrradabstellanlage rechts und nicht links vom Bistro anzulegen, so dass das Ausweichen auf das Gelände des Gymnasiums nicht erforderlich werde und Veranstaltungen des Bistros nicht „zerrissen“ würden.

Frau Herzberg plädierte dafür, in den Gesamtüberlegungen zurück zu gehen und den alten Standort hinsichtlich des Neubaus einer Grundschule, eines Kindergartens und eines Bistros zu prüfen.

Herr Baxmann sprach sich dafür aus, die bereits getroffene Entscheidung, einen Neubau an der Stelle des C-Traktes zu errichten, weiter zu verfolgen. Vor diesem Hintergrund sei die Variante 2 als akzeptable Lösung, mit der alle leben könnten, zu sehen.

Herr Hunze verwies darauf, dass entgegen dieser Aussage bisher keine endgültige Entscheidung über einen Neubau getroffen worden sei und die endgültige Entscheidung erst in der Ratssitzung am 11.12. erfolge.

Herr Schrader schlug vor, die Variante 2 zu verändern indem man die Fläche verschmälere und dafür nach Norden verlängere, indem man den Bereich der vorhandenen Parkplätze nutze, um eine Teilfläche für das Bistro zu erhalten.

Herr Gündel erläuterte, dass die Errichtung und Unterhaltung einer Parkpalette sehr teuer sei und dies für die BBS eine Fehlinvestition darstelle, da die Plätze zu weit entfernt wären. Eher würde sich dann hier die Errichtung eines Neubaus mit Fahrradkeller anbieten, was allerdings erheblich teurer wäre als die Errichtung einer überdachten Abstellanlage.

Herr Eggers sprach sich für den Neubau der Gudrun-Pausewang-Grundschule am bisherigen Standort aus, da die derzeit angestrebte Lösung der Zusammenlegung offensichtlich nur Probleme schaffe.

Auf die Frage von **Herrn Zschoch**, ob die Bedenken der BBS gegen die Variante 1 der Verwaltung bekannt seien, antwortete **Herr Lehmann**, dass dies nicht der Fall sei und man diesbezüglich noch nicht mit der BBS gesprochen habe. Allerdings seien die genannten Probleme bekannt und in die Bewertung der Variante 1 eingeflossen.

2.1. Neubau der Gudrun-Pausewang-Grundschule; Planung der Bibliothek - Antrag der WGS-Ratsfraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 21.11.2014 Vorlage: 2014 0784

Herr Schulz erläuterte seinen Antrag.

Auf die Kritik von **Herrn Stelzer**, dass eine Vergrößerung der Bibliothek kostenneutral oder mit geringen Kosten erfolgen müsse, erklärte **Herr Lehmann** dass durch die Vergrößerung der Mensa auch Änderungen der Gebäudekubatur ergäben und die beauftragten Architekten ermittelt hätten, dass die aufgrund dessen entstehenden Mehrkosten von 215.000 € auch für

die Vergrößerung der Bibliothek ausreichen.

Herr Baxmann ergänzte, dass alle drei im Auswahlverfahren befindlichen Projektsteuerer angegeben hätten, dass es sich insgesamt um eine realistische Kostenschätzung handeln würde.

Die Mitglieder des Bauausschusses sahen den Antrag für den Bauausschuss als abgearbeitet an.

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung am 12.11.2014

Das Protokoll über die Sitzung am 12.11.2014 lag noch nicht vor.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es lagen keine Mitteilungen vor.

5. Vorstellung des Projektes der Lebenshilfe am Marris-Mühlen-Weg

Die anwesenden Vertreter der Lebenshilfe sowie der beauftragte Planer der Planungsgruppe Niemeyer erläuterten das Projekt. Ziel sei es, die bestehenden mit erheblichen Nachteilen verbundenen Doppelzimmer aufzulösen und nur Einzelzimmer bzw. Appartements für Paare anzubieten. Da eine Erweiterung des vorhandenen Gebäudes in der Lerchenstraße/Ecke Marris Mühlenweg nur schlecht möglich und auch nicht sinnvoll sei, wolle man auf dem angrenzenden im Bebauungsplan „Knoopsberg“ gelegenen Grundstück einen eingeschossigen, barrierefreien Neubau errichten. Aus den bisher vorhandenen 12 Doppelzimmern (mit jeweils nur 18 m²) wolle man Einzelzimmer einrichten. Zusammen mit dem Neubau könne man dann die erforderlichen 40 Plätze anbieten. Die Leiterin der Wohnstätte in der Lerchenstraße und Herr Jost als Bewohner verdeutlichten wie schwer es sei, eine gewisse Privatsphäre in einem Doppelzimmer zu erhalten. Leider entspräche das Vorhaben, so wie es benötigt werde, nicht in allen Teilen dem maßgeblichen Bebauungsplan. So liege eine Grundflächenüberschreitung von 0,07 vor, es werde eine Wegeanbindung vom Neubau zum Altbau erforderlich, welche durch den B-Plan nicht vorgesehen sei. Zudem werde eine Verlagerung des bestehenden Wertstoffplatzes nötig.

Die Mitglieder des Bauausschusses befürworteten einstimmig das Vorhaben und sprachen sich daraus folgend dafür aus, die Änderung des Bebauungsplanes durchzuführen.

6. **Bebauungsplan Nr. 0-86 "Eseringen" mit örtlichen Bauvorschriften -
Satzung -
Bezugsvorlagen:
2014 0679 - Entwurf -
2013 0473 - Aufstellungsbeschluss -
Vorlage: 2014 0762**
-

Herr Brand erläuterte die Ergebnisse der durchgeführten Beteiligungen.

Die Mitglieder des Bauausschusses fassten einstimmig den folgenden Beschluss

A) Von den Ergebnissen der Beteiligungsverfahren

- der in der Zeit vom 12.11.2013 bis zum 26.11.2013 durchgeführten frühzeitigen Information der Öffentlichkeit gemäß § 13a Abs. 3 Nr. 2 BauGB,
- der in der Zeit vom 06.10.2014 bis zum 06.11.2014 durchgeführten öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB,
- der Behördenbeteiligung durch das Schreiben vom 02.10.2014 gemäß § 4 Abs. 2 BauGB,

wird Kenntnis genommen. Die in der Begründung beschriebenen Abwägungsvorgänge werden beschlossen.

B) Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beteiligungsverfahren wird der Bebauungsplan Nr. 0-86 „Eseringen“ mit örtlichen Bauvorschriften in der Fassung vom 17.11.2014 als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan wird die Begründung in der Fassung vom 17.11.2014 beigelegt.

7. **Bebauungsplan Nr. 0-78/1 "Gewerbepark Nordwest 2. Abschnitt", Satzung
Bezugsvorlage 2014 0688 (Entwurf)
Vorlage: 2014 0764**
-

Frau Herbst erläuterte die in der Planung vorgenommenen Änderungen.

Die Mitglieder des Bauausschusses fassten einstimmig den folgenden Beschluss:

A) Die Ergebnisse der folgenden Beteiligungsverfahren, die in der anliegenden Begründung in Kapitel 18 wiedergegeben sind, werden zur Kenntnis genommen:

- der in der Zeit vom 22.07.2014 bis zum 05.08.2014 durchgeführten frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB,
- der mit Schreiben vom 10.07.2014 durchgeführten frühzeitigen Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB,
- der in der Zeit vom 06.10.2014 bis zum 06.11.2014 durchgeführten öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2,
- der mit Schreiben vom 02.10.2013 durchgeführten Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 .

Die in der Begründung beschriebenen Abwägungsvorgänge werden beschlossen.

(B) Satzungsbeschluss siehe nächste Seite)

B) Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beteiligungsverfahren wird der Bebauungsplan Nr. 0-78/1 „Gewerbepark Nordwest 2. Abschnitt“ mit örtlichen Bauvorschriften in der Fassung vom 13.11.2014 als Satzung beschlossen.

Dem Bebauungsplan wird die Begründung in der Fassung vom 13.11.2014 beigefügt.

8. Anfrage gemäß Geschäftsordnung des Ortsrates Ramlingen-Ehlershausen vom 02.09.2014 zum Vorrangstandort für Windenergiegewinnung "Ehlershausen" sowie Antwortschreiben

**Bezugsvorlage: 2014 0711 - hier: Ergänzung der Beratungsfolge
Vorlage: 2014 0711/1**

Die Mitglieder des Bauausschusses nahmen die Vorlage zur Kenntnis. Ergänzende Fragen wurden hierzu nicht gestellt.

9. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Es lagen keine Anfragen vor.

10. Anregungen an die Verwaltung

Herr Köneke bat um Mitteilung des Sachstandes hinsichtlich des Umbaus des Außenschwimmbekens des Hallen-/Freibades.

Herr Lehmann verwies darauf, dass die Verwaltung zu gegebener Zeit eine entsprechende Vorlage erstellen werde.

Frau Weilert-Penk erbat eine Auskunft hinsichtlich der eines Grundstückes an der Ecke Immenser Straße/Steinwedeler Kirchweg, da ihr der Baukörper sehr massiv vorkomme.

Herr Lehmann erklärte hierzu, dass es sich um ein nach § 34 BauGB genehmigtes, zweigeschossiges Mehrfamilienhaus mit Staffelgeschoss handele, welches das geforderte Kriterium des Einfügens erfülle. Man habe den entsprechenden Antrag sorgfältig geprüft und sei aufgrund des Maßstabes der umliegenden Bebauung zu diesem Ergebnis gekommen.

Herr Meyer erkundigte sich nach dem Sachstand hinsichtlich des Baubeginns der Erweiterung der Park& Ride-Anlage in Otze.

Herr Baxmann erwiderte hierauf, dass es derzeit vertragliche Probleme gebe und die Verwaltung daher keinen definitiven Zeitpunkt benennen könne.

Auf die weitere Frage von **Herrn Meyer** hinsichtlich der Planung von Vorrangstandorten für Windenergieanlagen antwortete **Herr Lehmann**, dass die Verwaltung die ausgewählten Suchräume demnächst in den politischen

Gremien vorstellen wird. Die Planungen der Region würden wahrscheinlich im Frühjahr an die Gemeinden zur Beteiligung gegeben, bis dahin müsse man erste eigene Ergebnisse vorweisen können, um den Standpunkt der Stadt Burgdorf besser vertreten zu können.

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Frage gestellt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer